



**1. MAI
KAMPFTAG DER
ARBEITERKLASSE**

***Nicht Ost gegen West
Nicht Deutsche gegen den Rest der Welt
SONDERN
Arbeit gegen Kapital***

Auf Dein Geld und Dein Leben haben sie es abgesehen, die Kohlregierung, die Deutsche Bank und Konsorten.

Den Beutezug im Osten sollst Du bezahlen mit Deinem Steuergroschen, Abgabenerhöhungen, Sonderopfern und Solidarbeiträgen. Für wen?

Die Kollegen in Ostdeutschland werden massenhaft auf die Straße geworfen ohne Arbeit und Wohnung. Die Deutsche Bank verkündet lauthals, daß sie im Osten bereits schwarze Zahlen schreibt.

Wir sind wieder wer! Deshalb soll das Grundgesetz geändert werden, daß Du Arbeitsmann irgendwo auf der Welt auf deinesgleichen schießen kannst. Die Kurden werden mit Hilfe deutscher Waffen verfolgt und ermordet. NEIN zu den Waffenexporten und einem künftigen Einsatz der Bundeswehr gegen die Völker der Welt!

**Internationaler Abend zum 1. Mai
Am Sonntag, den 28.04.91 um 17.30 Uhr
Nachbarschaftshaus Gostenhof Adam-Klein-Str. 6**

**mit Ludwig Jost, Betriebsratsvorsitzender bei Garbe Lahmayer Aachen
(siehe umseitiger Artikel aus KAZ Nr. 216) und Revolutionären aus anderen Ländern.**

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD Nürnberg

V.i.S.d.P.: Jürgen Wolf, Denisstr. 21, 8500 Nürnberg 70

Weg mit der Kriegssteuer!

Unter der Losung "Schluß mit den Steuerlügen - weg mit der Kriegssteuer" hatte die IG Metall Aachen für den 7. März 91 zu einer Protestkundgebung auf dem Aachener Marktplatz und anschließender Demonstration aufgerufen. Mit ca. 400 Teilnehmern fand der Aufruf und der Versuch der Aachener IG Metall, den gewerkschaftlichen Kampf gegen den weiteren Sozialabbau und zur Vorbereitung der Tarifrunde zu organisieren, seine erste Resonanz. Im folgenden Auszüge aus der dort gehaltenen Rede des Ortsverwaltungsmitglieds und Betriebsratsvorsitzenden Ludwig Jost:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schülerinnen und Schüler, Kundgebungsteilnehmerinnen und -teilnehmer!

(..) Die Vertreterversammlung der IG Metall Aachen, die auch schon im November vergangenen Jahres zu Demonstrationen gegen den bevorstehenden Krieg mobilisiert und aufgerufen hat, stellte am 23. Februar in einer Resolution folgendes fest:

"In diesem Krieg geht es nicht um die Befreiung und Freiheit des kuwaitischen oder anderer Völker und auch nicht um die Interessen der Arbeiter und Angestellten, der abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt.

Durchgesetzt werden sollen ausschließlich Kapitalinteressen, das Interesse an den vorhandenen Ölquellen und dem entsprechenden Einfluß und der Neuaufteilung der Einflußsphären im Nahen Osten durch die an diesem Krieg beteiligten Großmächte.

Eingeschlossen ist das deutsche Kapital, insbesondere die Rüstungsindustrie, die Milliardenprofite mit der Lieferung von Waffen, Giftgasfabriken und Atomtechnologie in den Irak und alle Welt gemacht hat und zweiter macht.

Die IG Metall Aachen wendet sich aus diesem Grunde in aller Schärfe gegen weitere Waffenexporte, gegen den Einsatz deutscher Soldaten im Golfkrieg und insbesondere gegen die weitere Mitfinanzierung des Krieges durch die Bundesregierung über

Steuer- und Abgabenerhöhungen die in aller Regel wieder beim Kapital landen." (..)

Wir haben aus der eigenen und der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung gelernt, daß sich die Interessen von Arbeit und Kapital unversöhnlich gegenüberstehen. Daran hat sich bis heute nichts geändert, auch wenn uns das immer wieder alle möglichen Leute weiszumachen versuchen. Von diesem Standpunkt aus haben wir zu beurteilen, was in unserem Interesse ist und mit wem wir solidarisch sind. (..)

Die Bundesregierung muß nicht mehr unter Beweis stellen, auf welcher Seite sie steht, welche Interessen sie vertritt und in wessen Sinne sie weiter zu regieren und uns bluten zu lassen gedenkt: Steuererhöhungen zur Finanzierung des Golfkrieges und für die Einverleibung der DDR sowie eine Grundgesetzänderung, um im Namen der mit der Wiedervereinigung angeblich gestiegenen Verantwortung des größeren Deutschlands deutsches Militär, eine sogenannte Eingreiftruppe, rund um die Welt einsetzen zu können.

Wenn es der Bundesregierung gelingt, das durchzusetzen, dann wird uns das mehr kosten als nur eine Steuererhöhung und Scheckbuch-Kriegsführung von Kohl und Genscher. Das zu verhindern wird maßgeblich mit an uns liegen. (..)

Ich weiß aus der jahrelangen betrieblichen Praxis und Erfahrung und von den Kämpfen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbe-

wegung, daß der Streik dagegen und gegen Krieg das richtige und einzig wirksame Mittel ist. Ich weiß aber auch, daß es nicht ausreicht, etwas Richtiges festzustellen.

Dazu gehört die Auseinandersetzung in den Gewerkschaften, wie der Kampf um die Köpfe der Arbeiter. Wir haben keinen Grund, damit auch nur eine Minute länger zu warten. Denn es wird mit von unserem Verhalten, von dem, was wir Kapital und Regierung durchgehen lassen, abhängen, wie lange noch der streikende Arbeiter, Schüler und Student in Südafrika, Griechenland, in der Türkei oder anderswo in der Welt in die Mündungen deutscher Gewehre blickt, wenn er für soziale und demokratische Rechte kämpft. Wenn nicht demnächst hinter dem deutschen Gewehr auch wieder deutsche Soldaten stehen sollen, dann geht es heute mit darum, unter allen Umständen eine Änderung des Grundgesetzes zu verhindern. Es ist daher jetzt die unmittelbare und dringende Aufgabe, aus den Gewerkschaften heraus gemeinsam mit der Friedensbewegung die von der CDU/CSU in dieser Frage immer wieder an ihre "nationale Verantwortung" gemahnte SPD-Führung unter Druck zu setzen und davon abzuhalten, statt Opposition erneut große Koalition gegen die Werktätigen zu spielen. Wir sollten unsere heutige Kundgebung und Demonstration gegen die Politik der Bundesregierung auch in diesem Sinne nutzen und verstehen.